

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichsdruck-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Guip  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechspaltige Kolonelleiste!  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Was ist angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen?

Den Schlichtungsausschüssen ist durch das Hilfsdienstgesetz eine Aufgabe zuteil geworden, die oft recht niedrig eingeschätzt wird. Und doch können sie bei einigem gutem Willen beider Teile, Unternehmern wie Arbeiter, recht Erfriechliches leisten. Voraussetzung ist natürlich immer, daß bei Verteilung der vor kommenden Fälle nicht einseitig verfahren wird.

Bereits im Monat September des Jahres 1915 wurde für Brandenburg a. S. ein Schlichtungsausschuß eingeführt, der sich aus drei Fabrikanten und drei Arbeitervertretern zusammensetzte. In dieser Zusammensetzung ist nach dem Inkrafttreten des Gesetzes am 5. Dezember 1916 nichts geändert worden. Beide Teile versuchten nach Möglichkeit ausgleichend zu wirken. Dies Verfahren scheint einigen Herren nicht mehr zu gefallen, sie versuchen das Hilfsdienstgesetz, und zwar den § 9, auf den Kopf zu stellen. Der klare Wortlaut dieses Paragraphen in seinem letzten Absatz läßt keinen Zweifel entstehen, daß, wer in die Lage kommt, seine Lage zu verbessern, es tun kann. Es kann hierbei doch nur in Betracht kommen, was der Gesetzgeber gewollt hat und nicht, was dieser oder jener Jurist aus dem Paragraphen herausstiftet. Der Absatz drei des genannten Paragraphen lautet: „Als wichtiger Grund soll insbesondere eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst gelten.“ In dem Kommentar, herausgegeben von der Generalkommission, wie auch in dem von Eugen Schiffer und Dr. Jund, wird es als etwas selbstverständliches betrachtet, daß bei einer nachweisbaren Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erlauben ist. Bis jetzt ist nach diesem Grundsatz im Schlichtungsausschuß für Brandenburg a. S. verfahren worden. Die Herren Karl Reichstein junior und Th. Richter denken anders darüber, sie erklären: „Wenn ein angemessener Verdienst am Beschäftigungsort vorhanden ist, dann ist der Arbeitschein nicht zu verabsolutieren.“ Was die Herren Fabrikanten unter angemessenem Verdienst verstehen, ist meist recht behäblich, denn bekanntlich glaubt jeder Unternehmer stets angemessene Löhne zu zahlen und wenn sie noch so niedrig sind. Im allerwenigsten kann man von angemessenen Löhnen reden bei den heutigen Lebensverhältnissen für Brandenburg a. S. und Umgebung. Wenn hier vom Stundenlohn die Rede ist, so kommt nur der nackte Stundenlohn, nicht der Akkordlohn in Betracht, weil es sich nur um Arbeiter handelt, die in Stundenlohn beschäftigt sind, also keine Akkordarbeiter sind.

Drei Dreher in Rathenow haben einen Stundenlohn von 1,30 M und 1,50 M. Sie verlangen den Kriegsschein, weil sie in Berlin bei der Firma Götz 2,50 M in der Stunde erhalten. Das heißt, sie verdienen 1,20 und 1 M die Stunde mehr als in Rathenow bei der Firma Burghardt. Selbstverständlich war nach der Ansicht der Arbeitervertreter, den drei Dreher den Arbeitschein zu verabsolutieren. Wie bereits erwähnt, nahmen die Herren Arbeitgebervertreter den gegenteiligen Standpunkt ein. Es wurde von ihnen vorgeschlagen, eine Rundfrage an mehrere Schlichtungsausschüsse zu richten, um zu erfahren, wie diese sich zu unserer fristigen Frage stellen. Die Auskunft, sie möge ausfallen wie sie wolle, sollte keinen Einfluß auf unsere Spruchfällung ausüben. Diesem Vorschlag stimmten die Arbeitgebervertreter zu und der Fall wurde auf acht Tage vertagt.

Die Antworten, die innerhalb der gesetzten Frist eingelaufen sind, und zwar aus sieben Städten, zeigen uns, wie verschieden diese Frage in den Ausschüssen behandelt wird. Wir teilen aus den Antworten folgende entscheidende Sätze mit:

**A. Scherzleben:** Unterchristlich erwidert zurückgesandt, daß wir in diesem Falle den Arbeitschein nicht erteilen, wenn der bislang verdiente Lohn nach der Lage des Falles zum Leben ausreicht.

**Berlin:** Auf die Zuschrift vom 10. d. Mts. No. 227/18 wird erwidert, daß für den diesseitigen Schlichtungsausschuß für Erteilung des Arbeitscheines nicht maßgebend ist, ob jemand irgendwo mehr verdienen kann, dieser Nachweis würde ja immer erbringbar sein, sondern ob die derzeitigen Arbeitsbedingungen unangemessen sind, das heißt an den in dem betreffenden Orte und dem Beschäftigungszweige üblichen Bedingungen. Erst wenn sich herausstellt, daß der Beschäftigte jenseits unter angemessenen Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigt wird, er aber an dem betreffenden Orte und in seinem Beschäftigungszweig angemessene Arbeitsbedingungen eingehen könnte, wird ihm der Arbeitschein zugesprochen, sofern sich nicht der Arbeitgeber selbst findet, die unangemessenen Arbeitsbedingungen zu angemessenen zu gestalten. Würde der § 9 Absatz 3 die Ausnahme bilden, daß eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst schlechthin genüge, oder gar, daß unter „angemessenen Verbesserungen“ erhebliche Verbesserungen zu verstehen seien, dann würde ja durch § 9 Absatz 3 des Hilfsdienstgesetzes das geradezu gesetzlich sanktioniert, was durch denselben hintangehalten werden soll, nämlich Lohn-treiberei und Abjagerei der Arbeitskräfte, ein Zustand, zu dessen Herbeiführung erst eine gesetzliche Bestimmung erforderlich war und die deshalb unzulässig vom Gesetzgeber so gemeint sein kann.

**Frankfurt a. O.:** Der hiesige Schlichtungsausschuß hat in den Fällen, wo der Lohn als angemessen angesehen wurde, nie mal den Arbeitschein erteilt, ganz gleichgültig, ob eine andere Firma noch mehr zahlen will. (Vergl. auch Verh. v. Nr. vom 21. Juni 1917. 201/6. C. d. 1.) Ausgenommen solche Fälle, wo die Gesundheit oder die gesundheitlichen Verhältnisse des Klägers einen Mehrverdienst erfordern.

**Salzweilbad:** Zum vorstigen Ersuchen vom 10. Januar 1918. Nr. 227/18. Im August vorigen Jahres lag hier ein ähnlicher Fall vor, in welchem ein Arbeiter der hiesigen Flugzeugfabrik 80 S. Stundenlohn und 15 S. Feuerzulage verdient. Er brachte den Nachweis, daß er in Berlin-Goltesee bei der Firma Reich, welche einen ähnlichen kreiswirtschaftlich anerkannten Betrieb vorwärt, einen Stundenlohn von 1,60 M und 25 v. H. Feuerzulage verdienen könnte. In diesem Fall wurde dem Arbeiter der Arbeitschein erteilt.

**Magdeburg:** Ursprünglich zurück mit dem Bemerkung, daß ähnliche Fälle bei erheblichem Unterschied im Lohn unter Berücksichtigung der in Berlin erheblich teureren Lebenshaltung hier in der Regel durch Erteilung des Arbeitscheines geregelt worden sind. Der Lohn muß in Berlin ganz erheblich höher sein um die größeren

Aufwendungen für Wohnung und Nahrung in Berlin mehr als auszugleichen. In den meisten hier vor kommenden Fällen kam zur Ursache der möglichen Lohnverbesserung noch der Wunsch des Beschäftigten hinzu, mit seiner in Berlin oder Nachbarstaaten anständigen Familie wieder zusammenzuwohnen und so die Kosten des bisherigen doppelten Haushalts zu sparen. Jedenfalls hat sich aber der Ausschuss in seiner Entscheidung nicht dadurch hindern lassen, daß von dem Beschäftigten hier schon ein angemessener und ortsüblicher Lohn verdient würde.

**Potsdam:** Mit der Erklärung, daß der Schlichtungsausschuß Potsdam in solchen, wie dem angegebenen Falle auf dem Standpunkt des Kriegsausschusses Berlin steht, nämlich: „Wenn der Verdienst des Arbeiters angemessen ist, spielt es keine Rolle, ob irgend eine Firma noch mehr zahlen will. Den Arbeitschein kann es im letzteren Falle mit Rücksicht auf das Mehr bei einer anderen Firma niemals geben.“ Für die Beurteilung der Angemessenheit des Verdienstes sind hier im besonderen die Ausführungen auf Seite 52 und 53 in dem auf Veranlassung des Kriegsamt herausgegebenen Kommentar des Hilfsdienstgesetzes von Schiffer und Jund bestimmend.

**Solingen:** Bei den hiesigen Entscheidungen über die Erteilung des Arbeitscheines ist auch häufig die Frage geprüft, ob der Antragsteller bisher einen angemessenen und auskömmlichen Lohn verdient hatte. Wenn auch diese Frage, sofern sie beachtet werden mußte, nicht allein und in allen Fällen ausschlaggebend für die Verweigerung des Arbeitscheines war, so hat der Schlichtungsausschuß der Arbeitswechsel doch dann nicht genehmigt, wenn die Sachlage ergab, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter durch Lohnüberbietung zur Aufgabe seiner alten Stelle veranlaßt habe.

Aus den Zuschriften ist zu ersehen, daß eine Klärung der Sachlage nötig ist. Wir erwarten, daß die von uns angeführte Frage nicht allein in der Presse, in Sitzungen und Versammlungen erörtert wird, sondern daß alle zweckmäßigen Mittel angewandt werden, um dem unfaßbaren Zustande ein Ende zu machen. Wir kennen den Text und die Melodie der Herren Fabrikanten. Jegliche Lohnverhöhung wird mit dem Bemerkten abgelehnt, daß die Löhne angemessen sind. Daß die Arbeiter diesem Treiben gedankenlos zuschauen und über sich ergehen lassen werden, wird doch niemand glauben wollen. Nach den Aussagen der Unternehmer muß die Preisverwaltung recht niedrige Preise zahlen, so daß sie dadurch einen mäßigen Verdienst erzielen. Untersuchungen können wir dieses nicht; jedenfalls wäre es aber zweckmäßig, wenn das Kriegsamt, dem die von der Preisverwaltung gezahlten Preise bekannt sind, prüfte, ob der Verdienst der Herren Fabrikanten als „angemessen“ gelten kann. Kürzlich erklärte einer der Herren, daß es solchen Fabrikanten, die Werkzeuge und Maschinen anfertigen, möglich sei, höhere Löhne zu zahlen, weil der höhere Lohn sofort auf das Erzeugnis geschlagen werde. Bei den Preisverhandlungen sei es nicht möglich, weil der Preis immer gleich bleibe. Dieses hört sich recht überzeugend an, läßt aber die Frage offen, sollten ungefähr 4500 Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Akkord stehen, der Firma nicht so viel einbringen, daß etwa 500 Lohnarbeiter, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes nötig sind den Verhältnissen gemäß bezahlt werden? Es müßte der Preisverwaltung schon lange aufgefallen sein, daß tagtäglich Facharbeiter von den Fabrikanten eingefordert werden, weil ohne diese ein Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann und bei diesen Leuten soll der Stundenlohn von 1,30 und 1,50 M angemessen sein?

In Nr. 46 der Metallarbeiter-Zeitung von 1917 konnte man aus einem Bericht über die Firma Zeiß in Jena lesen, daß dort das Gegenteil gesagt wurde. Dort hieß es, daß sich die Firma bei Lohnfragen darauf berufen habe, die hohen Löhne könnten nur dort gezahlt werden, wo Granaten und Zünder angefertigt würden. Wer hat nun recht? Der Zweck der Werbung soll sein, daß die Löhne niedriger gehalten werden. Was Wert den Fabrikanten die immerwährende Steigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel, die Steigerung der Steuern und der Miete! Die Hauptfrage bleibt der ungeklärte Profit, dann halten sie auch gut durch, ohne Schaden zu leiden.

### Volkvermögen und Staatschuld

B. Jedesmal, wenn bei uns in Deutschland eine Kriegsanleihe glücklich über den Dach und Fach gebracht worden oder wenn eine neue in Vorbereitung ist, kann man in Wort und Schrift die Bekanntheit hören, daß wir ein reiches Volk seien, weil es uns wiederum gelommen sei, ohne absonderliche Schwierigkeiten so viele Milliarden aufzubringen. Dabei wird auf den für unsere Finanzwirtschaft günstigen Umständen hingewiesen, daß infolge der Völperrung unseres Landes unser Geld im Lande bleibe, während das Geld unserer Feinde zum größten Teil ins Ausland flieht. Es gibt Leute, die da meinen, wir seien durch den Krieg sogar reicher geworden, wobei sie vergessen, daß im Verlaufe des Krieges Milliarden über Milliarden im wachsten Sinne des Wortes verpulvert worden sind, ganz abgesehen von der Vernichtung unzähliger Werte geistiger, kultureller und wirtschaftlicher Art. Wenn Millionen von Menschen in der Blüte ihres Schaffens und ihrer Leistungsfähigkeit dahingerafft werden, so geht damit ein unberechenbares, unersetzliches Kapital zugrunde, wenn andere Millionen an ihrer geistigen und körperlichen Arbeitskraft geschädigt werden, so bedeutet das ungeheure Verlust an Volksgesundheit und Volkskraft, der erst in Jahrzehnten wieder ersetzt werden kann, wenn so viele Friedensunternehmungen stillgelegt oder in unproduktive Kriegsbetriebe umgewandelt werden, so muß das natürlich höchst ungünstig auf unser gesamtes Wirtschaftsleben einwirken. Von einem Reichwerden unseres Volkes und unseres Landes kann also nicht im entferntesten die Rede sein, das gerade Gegenteil trifft zu. Zweifellos sind zahlreiche Menschen in der Kriegszeit reich geworden und haben Millionen eingeheimst, dafür sind aber auch zahlreiche andere ärmer geworden, haben ihre Ersparnisse zugefressen und noch obenhin Schulden machen müssen. Es ist barmherzig, von einer Vermögensmehrung zu sprechen, dagegen ist eine Vermögensverchiebung im weitesten Umfange eingetreten. Welchen Einfluß diese Verchiebung der Vermögen

auf unser kulturelles, politisches, soziales und wirtschaftliches Leben nach dem Kriege ausüben wird, läßt sich heute noch nicht ermaßen, das muß und wird erst die Zukunft lehren. Soviel steht schon heute fest: die ungeheuren Umwälzungen in der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Menschen und Bevölkerungsschichten werden auch andere Umwälzungen im Gefolge haben. In dieser Hinsicht wird auch der jetzige Krieg, wie jeder andere große Krieg, revolutionierend wirken und naturgemäß unser Volkleben von Grund auf aufwühlen.

Um auffallendsten ist die Umänderung, die sich vollzogen hat in dem Verhältnis zwischen dem privaten und dem staatlichen Vermögen. Hier hat der Weltkrieg und was damit zusammenhängt eine Umwälzung hervorgerufen, die stärkere Nachwirkungen haben wird, als alle Grenzverschiebungen und politischen Wandlungen. Er hat zur Folge gehabt, daß sich ungeheure Summen in den Händen einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Menschen anhäufen und andererseits dem Staate ungeheure Schulden aufgebürdet. Dem positiven Kapital, das in privatem Besitz angesammelt worden ist, steht das negative Kapital gegenüber, das in Form von Schulden auf die Schultern der Staates gelegt worden ist. Wohl die eigenartigste Erscheinung, die der gegenwärtige Krieg gesiegt hat, ist die, daß der Staat in ungeheurer Maße verarmt ist, während einzelne seiner Bürger sich riesenhaft bereichert haben. Derselbe Staat, dessen moralischer Einfluß auf seine Bürger und dessen Ansehen bei den Bürgern in den letzten Jahrzehnten ungeheuer gestiegen ist, wie dies beim Ausbruch und im Verlaufe des Krieges deutlich zutage getreten ist, dieser selbe Staat ist durch den Krieg wirtschaftlich geschwächt worden und in eine schlimme Schuldenfestschuld geraten. Während seine politische Macht gewachsen ist, ist seine wirtschaftliche Ohnmacht in noch höherem Maße gewachsen. Dem Volkvermögen, auf das wir stolz sind, steht eine Staatschuld gegenüber, deren fortwährendes Anschwellen uns alle mit Grauen und Beforgnis erfüllt.

Bei näherer Betrachtung bemerkt man sofort den großen Unterschied zwischen Volkvermögen und Staatschuld: ersteres ist über unser Volk ungleich verteilt, einige Glieder des Volkes besitzen viel davon, andere weniger, die große Masse ist fast völlig davon ausgeschlossen, letztere ruht auf den Schultern des gesamten Volkes, alle seine Glieder sind haftbar für Verzinsung und Abzahlung. Das Volkvermögen ist privater Besitz in den Händen privater Menschen, die Staatschuld ist eine allgemeine Verpflichtung der Allgemeinheit. Die Folge davon ist die ungeheuerliche, geradezu aufreizende Tatsache, daß der Staat der Schuldner seiner besitzenden Bürger geworden ist und daß er auch den ärmsten seiner Bürger heranzieht muß, damit er seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Unter den obwaltenden Umständen ist der Staat gezwungen, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer und kultureller Beziehung seinen Gläubigern, das heißt also, den besitzenden und bevorrechtigten Klassen das weitgehendste Entgegenkommen zu bezeigen, während er andererseits selbst beim besten Willen nicht anders kann, als aus den Unterschichten so viel herauszuholen wie nur irgend möglich ist. Hieraus ergibt sich die überragende Bedeutung unseres Staatsschuldendienstes für die Entwicklung unseres Volkes in der künftigen Friedenszeit, es ist der eigentliche Stützpunkt in unserem öffentlichen Leben. Die Frage, wie wir unsere Schulden verzinsen und bezahlen sollen, da wir doch ohnehin so unendlich viele Aufwendungen zu machen haben, steht im Vordergrund unserer Aufmerksamkeit. Wie Welt, abgesehen von den Maßnahmen dieses Unwesens, sieht ein, daß es ein unhaltbarer, unvernünftiger und ungerateter Zustand ist, wenn der Staat sich tagtäglich von neuem abmühen muß, um die schwindelerregenden Summen aus der Gesamtheit des Volkes herauszulassen, die die bevorzugten Mitbürger schamlos in die Tasche stecken. Daher ist die glückliche Lösung dieser Frage auch für die Arbeiterklasse besonders wichtig.

Nichts ist falscher, als die Meinung, die arbeitende Bevölkerung habe keine Verantwortung, sich um die Verzinsung und Abzahlung der Staatsschulden zu kümmern; das sei Sache jener Leute, die diese Schulden gemacht haben. Gerade das deutsche Proletariat hat alle Ursache, darüber nachzusinnen, wie der Staat aus seiner Geldklemme, in die er durch den Krieg geraten ist, wieder herauskommt, und mitkäuflich mit Hand anzulegen, damit wieder ertägliche Verhältnisse geschaffen werden. Würde es seine Hoffnung auf den Staatsbankrott und den großen Kladderadatsch setzen und darum die Hände in den Schößen legen, so wäre die einfache Folge dieses törichten Verhaltens, daß die besitzenden Klassen die Aufgabe zu ihrem Sonderverteil lösen und alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anwenden würden, um die uns riesenhafte gewachsene öffentliche Lasten auf die besitzlosen Massen abzuwälzen. Gleichzeitig wäre auch der Staat, falls er von den breiten Schichten des Volkes im Stich gelassen würde, gezwungen, sich den Bedingungen seiner Gläubiger zu unterwerfen, um sie in guter Laune zu erhalten. Das würde natürlich diesen Herren sehr gut in ihren Kram passen.

Eine vernünftige, gesehete Vorsehung unseres Staatsschuldendienstes, das wie ein Ab auf unserm Volke lastet ist ohne Zweifel notwendig. Sie ist aber auch möglich, wenn wir den ersten Willen haben und die richtigen Mittel anwenden. Da muß zunächst gesagt werden, daß die landläufigen Vorschläge in dieser Richtung verfehlt sind. Wenn wir auf hohe Kriegsschuldentilgungen rechnen und die Hoffnung hegen, mit ihnen die Staatsschulden decken zu können, so werden wir sicherlich eine arge Enttäuschung erleben, weil es ganz unmöglich erscheint, auch nur annähernd eine Summe herinzubringen, die dazu ausreichen würde. Ebenjournig erscheint es möglich, unser staatliches Finanzwesen dadurch wieder gesund zu machen, daß wir den Kriegsgewinnern einen Teil ihrer Reute wieder abnehmen und daß wir überhaup den reichen und wohlhabenden Leuten einen beträchtlichen Teil ihres Vermögens durch Steuern abknöpfen. Diese Maßregel, die auf den ersten Blick so bestechend wirkt, zeigt sich bei gründlicherer Untersuchung als ein Fehlgang. Sie würde einerseits in volkswirtschaftlicher







In der Berichtswache wurden (außer Berlin) 3068 neue Mitglieder aufgenommen. 253 Mitglieder wurden mehr zum Gev. eingezogen als entlassen.

5442 Mitglieder = 1,39 v. H. waren krank gemeldet, an die 36826 A Unterstützung ausbezahlt wurden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 3. Februar der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. Februar 1918 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts genehmigt:

Der Verwaltungsstelle Göttingen a. N. für männliche Mitglieder 20 %, für weibliche und jugendliche Mitglieder 10 % die Woche.

Der Verwaltungsstelle Freiberg i. Sa. für die erste und zweite Beitragsklasse 10 % die Woche.

Der Verwaltungsstelle Lippstadt vom 1. Februar an für alle Mitglieder 5 % die Woche.

Der Verwaltungsstelle Rosenheim für alle Mitglieder 10 % die Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Wieder angenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Frankfurt:

Der Feilenhauer Josef Woos, geb. am 2. Februar 1870 zu Philippsburg, (1811.)

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter.

Bremen. Generalversammlung am 13. Januar. Der Bevollmächtigte Behle gab den Geschäftsbericht für das Jahr 1917 und schilderte zunächst die Lohnbewegungen in den einzelnen Betrieben, die sich auf Lohnzulagen und Leuerungszulagen bezogen. In einigen Betrieben gelang es, 10 % und mehr die Stunde zu erreichen. Die Erfolge waren dort immer am größten, wo die Arbeiter am besten organisiert waren. Im Anschluß hieran wurde die Wertbewegung besprochen. Behle schilderte außer der allgemeinen Bewegung die besondere Bewegung der Kupferschmiede, der Vormortore, der Werkzeugmacher und des Maschinenpersonals usw. Zum Schluß wandte sich Redner gegen die Behauptung der Arbeitgeberzeitung in Nr. 41, wo es heiße: Die gegenwärtige Leuerung in Deutschland sei in erster Linie eine Folge der Steigerung der Löhne, darüber könne kein Zweifel bestehen. Auf die Bremer Verhältnisse könnten diese Sätze nie zutreffen. Wie überall, so seien auch in Bremen es die hohen Preise gewesen, die die Arbeiter veranlaßten, höheren Verdienst zu verlangen. Nach einer im September 1917 gemachten Aufstellung brauchte hier eine vierköpfige Familie 62,71 M., mit Zusatzwaren rund 64 M. die Woche. Zu diesen Beträgen kommen dann noch Steuern, Haushaltsgegenstände, Bildungszwecke usw. Besonders läme hinzu, daß nach dem Monat September weitere Verteuerungen der Lebensmittel eingetreten seien. Es seien wieder verteuert worden: Brot, Fleisch, Eier, Milch, Salz und auch noch die Volksspeisung. So daß nach diesen Ausgaben Durchschnittslöhne von 1,20 M. die Stunde, die noch nicht einmal überall erreicht seien, beim besten Willen nicht mehr ausreichen. Es müsse also noch ein gerechter Ausgleich zwischen der Lebenshaltung und den Löhnen der Arbeiter herbeigeführt werden. — Der Kassierer Schaper erstattete hierauf den Kassienbericht. Der Mitgliederstand habe sich um etwa 400 gehoben, sei aber immer noch zu gering, da 1917 1373 Neuaufnahmen gemacht wurden. Kaner besprach hierauf die große Krankenzahl, die jetzt fast nochmal so hoch sei wie 1916. Auch sei der große Zu- und Abstrom der weiblichen Mitglieder zu beklagen. Ueber die Einnahmen der Extrabeiträge liege ein abschließendes Urteil noch nicht vor, da erst einige Vertrauensleute abgerechnet hätten. — Die Aussprache bewegte sich in den Rahmen, daß künftig mehr geschehen müsse, um die noch Unorganisierten für die Organisation zu gewinnen.

Dortmund. Die Rüstungsarbeiter gegen den Schleichhandel. Die Arbeitsgemeinschaft der Metallarbeiterorganisationen hatte zum 13. Januar eine Versammlung einberufen mit dem Erfolge, daß der große Saal des Reinoldshofes bis auf das letzte Plätzchen besetzt war. Als erster Redner sprach Reichstagsabgeordneter M. König. Er legte zunächst dar, was der Mensch nach Ansicht der Wissenschaft an Nahrungsmitteln brauche. Die Arbeiter bekämen trotz höherer Anforderung an die Arbeitskraft aber erheblich weniger. Im allgemeinen erhalten wir noch nicht zwei Drittel dessen, was erzeugt wird. Das kommt daher, daß man die Produktion der Erzeuger nicht vollständig erfährt. Daraus entsteht der Preiswucher, Schleich- und Kettenhandel, der die Gefahr heraufbeschwört, daß unser Versorgungssystem untergraben wird. Wenn alle Lebensmittel, die angeblich für die Rüstungsarbeiter aufgefahrt werden, diesen auch zukämen, so müßten sie so viel sein, daß sie plakten. (Heiterkeit.) Die Herren der Industrie treten ja zwar für die weitere freie Versorgung der Werke ein. So kann es aber nicht weitergehen. Die Versorgung war von Anfang an organisatorisch mangelhaft, aber jetzt sind wir russischen Zuständen nahe oder schon mitten drin. Oder ist es etwas anderes, wenn Lebensmittel woggenweise aufgegeben werden und es treffen weder die Lebensmittel noch die Waggons ein, oder wenn Öl in Westfalen, Wehl zwischen Handgranaten verendet wird? (Sehr richtig.) Der Redner wies auch auf die Heftfällner Denkschrift hin. Nun hat eine Dege gegen die Rüstungsarbeiter eingeleitet. Die angeblich richtige Lohnsteigerung soll den Schleichhandel nach Ansicht agrarischer Kreise hervorgerufen haben. Dabei ist die Lohnsteigerung hinter der Preissteigerung erheblich zurückgeblieben. Eine Sprache, wie sie sich Herr v. Wangenheim gestattete, lassen sich die Rüstungsarbeiter nicht gefallen. Sie haben ihre Pflicht getan und fordern als ihr Recht eine ausreichende Ernährung. (Stürmischer Beifall.) Der Redner erwähnte dann noch die Unmuttermärchen über die angebliche Verarmungsbeschäftigung der Arbeiter, den Schleichhandel bei Staatsbehörden und begründete dann die in der Entschließung niedergelegten Forderungen. Jetzt helfen keine Moralpredigten mehr; es muß sofort zugegriffen werden. Die Rüstungsarbeiter hätten allen Anlaß, sich zu rühren, ehe es zu spät ist. Mit der Aufforderung, die Organisationen zu unterstützen, schloß der Redner unter starkem Beifall. In derselben Richtung bewegten sich die Ausführungen der Bezirksleiter Giesler (Quisburg) vom Gewerkschafts-Hilfs-Länder und Giesler (Effen) vom christlichen Gewerkschaften. Herr Giesler wies auf die Steigerung der Wertschätzung des Arbeiters im Kriege hin, die nicht eilig anhalten werde. Nach dem Kriege werde es wieder anders sein. Das sollten besonders die Unorganisierten bedenken. Anstatt sich über die hohen Löhne der Rüstungsarbeiter den Kopf zu zerbrechen, sollte man lieber nachdenken, wie diese Arbeiter besser ernährt werden könnten. Er drückte seine volle Zustimmung zu den Ausführungen König's aus und forderte Beistand gegen die Rüstungsarbeiter. Herr Giesler wies darauf hin, daß selbst die Nordd. Allgem. Ztg. zugeben hat, daß die Löhne durchschnittlich nur um 45 v. H., die Lebenshaltung aber um 150 v. H. gestiegen ist. Die Löhne im Dortmunder Bezirk stehen erheblich hinter anderen Bezirken zurück, eine Folge der mangelhaften Organisation der Arbeiter. Die sollen die Organisationen die Forderungen der Arbeiter vertreten,

wenn nicht der größte Teil der Arbeiter hinter ihnen steht. Mit der Aufforderung, sich auf ihre Pflicht als Arbeiter zu begeben, schloß er seine. Vortrag. — Der Vorsitzende, Worman vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, verlas hierauf die Entschließung und machte den Vorschlag, auf eine Aussprache zu verzichten, da die drei Redner alles gesagt hätten, was zur Sache zu sagen sei. Es wurde so beschlossen und hierauf die Entschließung gegen eine Stimme angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut: „Die heutige von mehr als 1200 Personen besuchte Versammlung der Arbeiterchaft der Rüstungsindustrie erklärt: Auf den Werken der Rüstungsindustrie haben sich in der Lebensmittelbeschaffung und Verteilung schwere Fehler eingeschlichen, die nicht nur geeignet sind, die Arbeiterchaft der Rüstungsindustrie schwer zu schädigen, sondern auch die große Gefahr in sich tragen, daß die Ernährung des gesamten Volkes während des Krieges in Frage gestellt werden könnte. Um angeblich die Rüstungsarbeiter mit Lebensmitteln zu versorgen, werden ungeheure Massen Lebensmittel im Wege des Schleichhandels, vertrieben durch den Kettenhandel, zu unerhöht hohen, oft geradezu Phantasiapreisen aufgefahrt und verkauft. Verjagt werden mit diesen im Allgemeinen entzogenen Lebensmitteln, dem Befehl zuwider, zunächst nicht nur mehr oder weniger alle Beamten und Angestellten der Werke, sondern auch ungeschulte Zahlungsfähige, die in keinerlei Beziehung zu den Werken stehen. Daneben werden ganz dreist unter dem Vorwande, den Arbeitern der Kriegsindustrie Lebensmittel zu liefern, Lebensmittel woggenweise zu Spekulationszwecken verschoben und veräußert. Die auf so gefehlvollige Weise reichlich mit Lebensmitteln versorgt werden dann auf von Durch- und Abhalten reden und sind meistens die größten Schreier nach Annexionen und tragen wesentlich bei, den Krieg zum Schaden und Nachteil der Arbeiterchaft und des gesamten Volkswohls in die Länge zu ziehen. Um die gekennzeichneten skandalösen Zustände zu beseitigen und die Ernährung der Gesamtbevölkerung des Reiches mehr und besser als bisher sicherzustellen, fordert die Versammlung: 1. Die Regierung solle alle Lebensmittel direkt und resüch beim Erzeuger erfassen und diese Lebensmittel durch die Kommunalverwaltungen gleich und gerecht zur Verteilung bringen lassen. 2. Schärftes Verbot des An- und Verkaufes von Lebensmitteln und Gegenständen für den täglichen Bedarf durch die Bezirksverwaltungen. 3. Die bisher von den Kommunalverwaltungen gewährten Zulagen für Schwer- und Schwerarbeiter und für Arbeiter der Rüstungsindustrie sollen weiter, wie bisher, gewährt werden. 4. Daneben sollen die bisher durch die Bezirksverwaltungen befohrten Lebensmittel, insbesondere Fettwaren, durch die Kommunalverbände mindestens in dem bisherigen Umfang, aber nicht über die Höchstpreise hinaus, weiter gewährt werden, unter Mitwirkung und Kontrolle der Arbeiterchaften. 5. Die Versammelten lehnen es jedoch ganz entschieden ab, sich, wie beabsichtigt, nur mit einer auf den Werken herzustellenden Suppe als Zulage für Rüstungsarbeiter abspesen zu lassen. Die Versammelten verlangen die Zulagen (Ausnahmen sind schon möglich) in unbeeinträchtigtem Zustande und zur eigenen Verfügung. 6. Zum Schluß sprechen die Versammelten das dringende Verlangen aus, daß den Arbeitern der Rüstungsindustrie baldigt die von der Reichsregierung schon seit langem versprochene Zulage an Kartoffeln gewährt wird.“

Frankfurt a. M. Arbeitszeit in der Metallindustrie. Am 15. Januar gleich nach Arbeitschluß tagte im großen Saal des Zoologischen Gartens eine vom Metallarbeiter-Verband einberufene und aus allen Betrieben der Frankfurter Metallindustrie besuchte Versammlung, die Saal und Galerien dicht füllte. Sie faßte einstimmig folgende Entschließung: „1. Die Versammelten halten für die beste Lösung der zurzeit vorhandenen Schwierigkeiten eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf mindestens 52 Stunden die Woche. Eine solche Verkürzung würde nicht nur einen gerechter Ausgleich der durch den Kohlenmangel und die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung gegebenen Erschwernungen ermöglichen, sondern ist auch dringend geboten im Interesse der Gesundheit der Arbeiter und der Erhaltung der Arbeitskraft. Voraussetzung für die Durchführung dieser Verkürzung ist die Beseitigung der Ueberarbeit und die Gewährung vollen Verdienstaussgleichs für alle Arbeiter. 2. Inwieweit die vorhandenen Schwierigkeiten durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung nicht behoben sind, oder trotz einer solchen für einzelne Betriebe weiterbestehen, verlangen die Versammelten die grundsätzliche Anerkennung der Schadloshaltung der betreffenden Arbeiter durch den Unternehmer. Sie schlagen folgende Resolution vor: „Kann ein Arbeiter ohne sein Versehen nicht arbeiten, so erhält er die Zeit des Aussehens oder Barrens bis zur Dauer von zehn Stunden innerhalb jeder Lohnwoche mit seinem Durchschnittsverdienst bezahlt. Bei längerer Dauer bleibt die Entschädigung für die über zehn Stunden hinausgehende Zeit der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, so ist dem Arbeiter auf seinen Wunsch der Arbeitschein zu geben. Der Arbeiter muß sich verpflichten, andere ihm zugewiesene seinem Beruf entsprechende Arbeit zu verrichten, wenn ihm diese mit seinem bisher erzielten Durchschnittsverdienst bezahlt wird.“ 3. In der Frage der Durcharbeitszeit halten die Versammelten eine allgemeine Durchführung angelehnt der vorhandenen Schwierigkeiten (sichende Jugerbindungen, Schulbeginn und -ende, Ernährungschwierigkeiten und anderes) nicht für zwmäßig. Inwieweit diese Schwierigkeiten zu überwinden sind oder die Durcharbeitszeit im Interesse des allgemeinen Wohls notwendig ist, erklären sich die Versammelten auch dazu bereit, wenn seitens der Arbeitgeber folgende Voraussetzungen erfüllt werden: a) Bei Durcharbeit darf die tägliche Arbeitszeit nicht mehr als 8 Stunden, die Anwesenheit im Betriebe nicht mehr als 8 1/2 Stunden, die gesamte wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr als 48 Stunden betragen. Ueberzeitarbeiten sind für Durcharbeiter verboten. b) Bei der durchgehenden Arbeitszeit muß mindestens der bisher erzielte Durchschnittsverdienst erreicht werden; Stundenlöhne sind entsprechend umzurechnen, Altkode so zu erhöhen, daß jeder Lohnausfall vermieden wird.“ — Zur Begründung der Entschädigung wies Bezirksleiter, Kollege Ehler, darauf hin, daß die Arbeiter den durch die Einlegung von Gerichtsinstanzen eintretenden Lohnausfall nicht tragen können. Im Frankfurter Arbeitsgebiet werden Löhne in der Metallindustrie bezahlt, die hinter denen anderer Bezirke zurückbleiben. Vieles wird den Arbeitern auch vorgehalten, ihre Verdienste seien zu hoch. Die Arbeiter fallen den Krieg nicht so gut und Blutzopfer zu tragen haben. Sie vertreten vielmehr den Standpunkt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohnverkürzung nicht zur Folge haben darf. Laufende von Arbeitern in der Rüstungsindustrie verdienen schon jetzt das nicht, was notwendig ist, um sich die rationierten Lebensmittel kaufen zu können. (Zustimmung.) Bei dieser Gelegenheit machte der Redner auch auf die schädlichen Wirkungen der Ueberarbeit aufmerksam. Die Arbeiter treiben Raubbau an ihrer Gesundheit zu ihrem eigenen Nachteil und zum Schaden der ganzen Arbeiterchaft. (Sehr richtig.) Behaupten doch die Unternehmer, daß trotz der verkürzten Arbeitszeit in Afford immer noch der alte Lohn verdient wird. Unter normalen Verhältnissen mag es möglich sein, daß bei wesentlicher Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiter seine Leistungen erhöht. Heute aber, bei der allgemeinen Enttäufung, darf man derartige Zusatzen an die Arbeiter nicht stellen. Der Arbeiter ist unschuldig an dem Kohlenmangel, man darf ihn deshalb auch nicht als Opfer dieser Zustände ansehen. Sie verlangen soziale Gerechtigkeit. Es ist ein aller Grundgesetz Schäden der Allgemeinheit nicht auf die Schultern der Bedürftigen zu legen. Die, die beim Arbeits- und Produktionsprozess die Gewinne einstreifen, haben auch die Opfer und sozialen Lasten zu tragen. — In einer kurzen Aussprache wurde die ursprünglich in der Entschädigung stehende Forderung, daß der Unternehmer eine Wertzeit bis zu 5 Stunden zu vergüten habe, beanstandet, und in 10 Stunden abgeändert. Weitergehende Forderungen wurden fallen gelassen, aber ernst und sehr bestimmt wurde betont, was verlangt werden, sei in manchen großen Bezirken schon gültige Vereinbarung oder von den öffentlichen Gewalten erlassene Verordnung. Was verlangt werde, könne und müsse auch in Frankfurt erfüllt werden. Nötig sei nur, daß die Arbeiterchaft fest dahinter stehe und die Organisation stärke. — Im Schlusswort erwähnte auch Ehler zur Stärkung der

Organisation und zur Einigkeit. Mehr als je sei beim Uebergang zur Friedenswirtschaft eine starke Vertretung der Arbeiter notwendig.

Goldlauter. Stellungnahme zum Verbandstag. Die am 13. Januar 1918 in Heidersbach tagende Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Goldlauter-Heidersbach nimmt Kenntnis von den Verhandlungen der Generalversammlung in Köln. Sie nimmt einstimmig nachstehende Resolution an: „Die heutige Versammlung der Verwaltungsstelle Goldlauter-Heidersbach erklärt sich nach einem Bericht des Kollegen Bach (Jena) von der Haltung der Opposition auf der Generalversammlung zu Köln einverstanden. Sie vertritt alles daranzusetzen, um unser demokratisches Prinzip mehr als bisher zu wahren und soweit es verloren gegangen ist nachzubolen.“

Kiel. Generalversammlung am 15. Januar. Die Versammlung war leider nicht so besucht, wie es bei der Stärke der Organisation und den wichtigen Fragen, die auf der Tagesordnung standen, nötig gewesen wäre. Der erste Bevollmächtigte Garbe gab den Bericht über die Tätigkeit der Organisationsleitung im Jahre 1917. Er schilderte eingehend die erfolgreiche Tätigkeit der Organisation auf dem Gebiete der Kriegshilfe und trat der Ansicht entgegen, daß es nicht Aufgabe der Arbeiterchaft sei, die Kriegshilfe zu unterstützen, weil der Staat ausreichend für die Familien der Krieger zu sorgen habe. Die durch die Anregung der Arbeiterchaft ins Leben gerufene und mit deren Hilfe unterhaltenen Kieler Kriegshilfe sei den Kriegerfamilien sehr zufluten gekommen. Einen großen Raum in dem Bericht nahm selbstverständlich die Tätigkeit der Organisation für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter ein, wofür eine Anzahl Lohnbewegungen notwendig war. Der Redner schilderte die Schwierigkeiten, die von den Verteilungen gegenüber den berechtigten Forderungen der Arbeiter gemacht wurden. Die Verteilungen behaupteten stets, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter entsprechend den Preissteigerungen für den Lebensunterhalt gebessert hätten und sie auch bei den Lohnforderungen der Arbeiter auf die Zeit nach dem Kriege Rücksicht nehmen müßten. Von der Organisationsleitung sei stets betont worden, daß die Verdienstverhältnisse sich wohl gebessert hätten, aber keineswegs den heutigen Preisen für den Lebensunterhalt entsprächen und die Forderungen der Arbeiter deshalb durchaus berechtigt seien. Auch bei den Lohnbewegungen der Arbeiter in den Reichsbetrieben waren erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Stehen doch seit 1906 die Leistungen der Reichsbetriebe auf dem Standpunkt, daß sie in ihren Zugeständnissen an die Forderungen der Arbeiter nicht über das von den Privatbetrieben Zugeständnisse hinausgehen können. Falsch sei die Auffassung, die noch in den Köpfen vieler Arbeiter spukt, daß die Arbeiter der Reichsbetriebe nur Forderungen stellten, während es Aufgabe der Arbeiter der Privatbetriebe sei, diese zu erkämpfen. Auch die Arbeiter der Reichsbetriebe haben das Ihre getan zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Redner erwähnte die Anwesenheit bei den Bewegungen zur Besserstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzüglich zu Werke zu gehen. Je näher wir dem Frieden kommen, je schwieriger werden diese und die dabei einschlagende Taktik. Er verwies auf Dänemark, wo heute schon eine große Arbeitslosigkeit herrscht wegen Mangel an Rohstoffen. Wenn der Friede kommt und die Arbeiter auf den Werken nicht mehr so drängen, kann es auch hier so kommen. Redner schloß seinen Bericht mit der Mahnung, die bisherige Taktik beizubehalten und den Parteistreit auch weiterhin aus den Gewerkschaften fernzuhalten. In der Zukunft wird die Geschlossenheit der Arbeiterchaft mehr als je notwendig sein. Einig und geschlossen sein heißt es, damit die Werksarbeiter den Köden und Widern der Unternehmer erfolgreich begegnen können. Aus dem Bericht des Kassierers ist folgendes zu entnehmen: Die Mitgliederzahl stieg von 6550 auf 7884, darunter sind 458 weibliche. Der Zu- und Abstrom unter den weiblichen Mitgliedern ist sehr groß. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 239 563,70 M., eine Ausgabe von 234 311,87 M. Darunter befinden sich 154 000 M., die an die Hauptkasse abgeführt wurden. Es verbleibt ein Bestand von 5251,83 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 176 579,43 M., eine Ausgabe von 69 559,25 M. Es verbleibt ein Bestand von 107 020,18 M. Der Kriegsfonds schließt in Einnahme und Ausgabe mit 6423 M. ab. Aus dem Kriegsfonds wurden 4623 M. für Weihnachtunterstützungen an Kriegsfamilien und 1000 M. für Liebesgaben an Krieger bezahlt. In der sich anschließenden Aussprache betonte Gillebrecht, daß bei den Lohnbewegungen die Frage der Regelung der Ueberarbeit nicht einheitlich behandelt worden ist. Es empfiehlt sich, diese Frage im kommenden Jahre besonders in den Vordergrund zu stellen. Es wurden dann die Wahlen zur Ortsverwaltung und die Wahl der Parteidelegierten vorgenommen. Zum zweiten Bevollmächtigten wurde Leopold und zum zweiten Kassierer Bernacke einstimmig wiedergewählt. Zu Beisitzern, die aus ihrer Mitte der Schriftführer wählen, wurden gewählt Meyer, Koff, Friebe, Wiese, Winkler, Gebelung. Als Parteidelegierte wurden gewählt Garbe, Corbs, Lheil, Schweizer, Koff, Etaal, Hamann, Leopold.

Ludenswalde. Die Jahresversammlung der Verwaltungsstelle nahm zunächst den Kassienbericht für das 4. Vierteljahr 1917 entgegen. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 7307,86 M. und eine Ausgabe von 6814,18 M., davon 3500 M. an die Hauptkasse; Bestand verblieb 493,68 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 8275,04 M. und eine Ausgabe von 1913,19 M. Der Kassienbestand betrug 6361,85 M. Die Mitgliederzahl stieg von 1100 auf 1200, darunter 642 weibliche. Infolge des Kohlen- und Materialmangels wurde über die hierdurch aufgeworfenen Fragen mit dem Arbeitgeberverein am Orte eine Vereinbarung zu treffen versucht; leider ohne Erfolg. Trotzdem der Vorstand des Arbeitgebervereins die Verhandlungen angebahnt hatte, scheiterte eine allgemeine Regelung an dem angeblichen Widerstand der anderen Arbeitgeber. Es dürfte dies nicht ohne Folgen für die spätere Beurteilung der Verhandlungsfähigkeit dieser Organisation bleiben. Kollege Meles gab hierauf den Jahresbericht. Die Verwaltungsstelle kam trotz des Krieges auf ein erfolgreiches Arbeitsjahr zurückblicken. Die Zahl der Beschäftigten in der Metallindustrie stieg von 1500 auf 2200. Größere Einkäufe von Grundstücken durch einzelne Unternehmer zeugen von den günstigen Kriegsgewinnen und ihrer Absicht, nach Kriegsende die erweiterten Ausbau ihrer Betriebe vorzunehmen. Die Werksbetriebe unter der in Betracht kommenden Arbeiterchaft war erfolgreich. Die Mitgliederzunahme ist die größte seit den 25 Jahren des Bestehens der Verwaltungsstelle, und zwar stieg die Mitgliederzahl von 878 auf 1200. Besonders erfreulich ist die erfolgreiche Agitation unter den Frauen und Jugendlichen. Die Zahl der Frauen stieg von 448 auf 642, die der Jugendlichen von 57 auf 85. Die Gesamtaufnahmen betragen 430. Auch die Zahl der Männer stieg von 373 auf 473. Die Agitation wurde besonders erfolgreich durch die Vertrauensleute in den Betrieben, sowie durch Werkstattversammlungen gefördert. Die Mitgliederversammlungen waren weniger gut besucht und es wurde deshalb das Hauptgewicht auf die Werkstattversammlungen und die Aufführung der Vertrauenspersonen in gesonderten Sitzungen gelegt, welche immer gut besucht waren. Die Arbeitslosigkeit war sehr gering. Die Ausgabe dafür betrug 880,40 M. gegen 3350,55 M. im Vorjahre. Dagegen stieg die Krankenunterstützung infolge Erhöhung der Sätze, aber auch infolge der Unterernährung und der dadurch verursachten größeren Zahl der Kranken von 1577,55 M. auf 3796 M. In die Hauptkasse konnten gefandt werden 13 500 M. Die Lokalkasse hatte eine Gesamteinnahme von 13 070,43 M. und eine Ausgabe von 6703,58 M. Der Vermögensbestand betrug 6361,85 M. Die Hauptaufgabe der Verwaltung bildete wie in den Vorjahren die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Unter den Kriegsverhältnissen wurde das Hauptgewicht auf die Verbesserung der Löhne, weniger auf die Verkürzung der Arbeitszeit u. a. gelegt. Die im Vorjahre begonnene Bewegung zur Erringung einer Leuerungszulage wurde im Anfang des Jahres mit Erfolg ausgebeht auf die Betriebe von Erftelms, Jöhl, Herzog & Co., Neuhaus & Co., Koebe, Michaelis, Kreuter & Pohl, K. E. Weigt, Grotz & Hallenbach, Meyer & Franke. Im September fand eine allgemeine Lohnbewegung sämtlicher Metallarbeiter am Orte durch Verhandlungen mit dem örtlichen Arbeitgeberverein ihren Abschluß, welche jedem beteiligten Arbeiter eine durchschnittliche



wöchentliche Verdiensterhöhung von 2 bis 13 M. brachte. Die Gesamtbewertungen des Jahres 1917 ergaben an Lohn- und Steuererlösen 3,71 M. Außerdem bewirkte die gewerkschaftliche Tätigkeit bei den Arbeiterlöhnen in den meisten Betrieben besondere Festsetzungen der Arbeiterlöhne und dadurch konnte ganz besonders für einzelne Berufsstände eine angemessene Festsetzung der Löhne erreicht werden. Die Stundenlöhne befinden sich leider noch auf einem niedrigen Stand am Orte. Selbst gelernte Arbeiter werden mit Stundenlöhnen von 75 bis 90 S. entlohnt, ungelernete mit 55 bis 75 S., Frauen im Durchschnitt mit 30 bis 35 S. Dies ist hauptsächlich in den Großbetrieben der Fall und die Ursache davon ist das schlechte Organisationsverhältnis. Die Erringung von Mindestlöhnen und anderen Forderungen mußte deshalb bei den Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation im September zurückgestellt werden und auch die Höhe der Steuererlösen konnte für die weniger organisierten Gruppen der Betriebe nicht in der Höhe erreicht werden, wie bei den übrigen. Gewerkschaftliche Schulung und angemessene persönliche Vertretung der Forderungen war sehr wenig zu merken. Hier muß noch viel Aufklärung geschaffen werden. Entgegen den Befürchtungen wegen der Folgen des Hilfsdienstgesetzes für die Arbeiterklasse am Orte im Anfang des Jahres war hierüber weniger zu klagen. Das Arbeiten des zuständigen Ausschusses in Fütterbogen ist als ein für die Arbeiterklasse angemessenes zu bezeichnen. Auch der Vertreter der Metallarbeiter suchte der Arbeiterklasse nach Kräften gerecht zu werden. In den Fragen der Lebensmittelverteilung suchte die Ortsverwaltung ebenfalls Einfluß zu gewinnen und für gerechte Verteilung und Verteilung zu sorgen. Dies geschah durch Eingaben an die Verwaltungsbehörden und ans Kriegsamtsamt, sowie ans Oberkommando. Nach Einrichtung eines zuständigen Ausschusses bemühten sich die Vertreter der Arbeiterklasse den Ausschussmitgliedern in den einzelnen Betrieben gebührenden Einfluß auf die Verteilung zu verschaffen und ferner die gerechte Verteilung durch besondere Ausgabe von Karten zur Verteilung in Geschäften statt in den Betrieben zu gewährleisten, da der dort mit der Verteilung betrauten Arbeitern Nachteile verschiedenster Art entstanden waren. Diese Tätigkeit hat auch zur allgemeinen Verwertung beigetragen und seit dem 16. April sind größere Ausbrüche des Unwillens nicht mehr vorgekommen. Besonders bemerkenswert ist die alle Unternehmer der örtlichen Metallindustrie umfassende Gründung einer Organisation. Bisher getrennt die Unternehmer den verschiedenen Organisationen an, soweit sie überhaupt organisiert waren. Als Zweck wurde in den Zeitungen angegeben die energische Wahrung der Interessen der Arbeitgeber nach allen Seiten. Dies hat sich für die Arbeiterklasse besonders bei Arbeitswechsel nachteilig bemerkbar gemacht und man konnte teilweise die Führung von schwarzen Listen vermuten. Auch bei Lohn- und anderen Arbeiterfragen konnte man eine Einigkeit der Arbeitgeber nur in der Absichtung auch der geringsten Verbesserung für die Arbeiter verzeichnen, während sonst die am Orte als besonders rüchsig bekannter Unternehmer den größten Einfluß zeigten. Eine erste Maßnahme für die Arbeiter, ebenfalls alle Kräfte zu sammeln, um ihre Sache vertreten zu können. Mit dem Wunsche, besonders in dieser Beziehung für Aufklärung in den Betrieben zu sorgen und wie im Berichtsjahre mit Erfolg in der Agitation zu wirken nach dem Maßspruch: Vorwärts und aufwärts zum Wohle der Arbeiterklasse, schloß der Bezirksausschuß. — Kollege Andreß gab mündlich den Kartellbericht. Gemeinlich wurde zur Aufklärung der Mitglieder die Abhaltung von Vorträgen auswärtiger Redner, sowie die Veranstaltung von Lichtbildvorträgen. Doch lehnte es die Versammlung ab, bestimmte Beschlüsse zu fassen und übertrug die Angelegenheit der Ortsverwaltung. Beschlossen wurde, die seit einiger Zeit geführte Lohnstatistik weiterzuführen. Der Bevollmächtigte schloß nach Bekanntgabe örtlicher Angelegenheiten mit dem Hinweis auf den Ernst der Zeit und die weiteren Aufgaben der Arbeiterklasse, welche die Wünsche aller Mitglieder zur erfolgreichen Durchführung bedürfen.

# Rundschau

**Ein Gewerkschafter im Vorstand einer Berufsgenossenschaft.**  
Der Vorstand der Seebereitschaften hat den Genossen Paul Müller (früher Angehörter des Seemannsverbandes, dann des Transportarbeiterverbandes) zum jeemännlichen Beirat des Vorstandes erwählt und ihn im beauftragten mit der Aufgabe betraut, in enger Gemeinschaft mit dem Vorstande der Seebereitschaften und der organisierten Seemannschaft den Schutz für Leben und Gesundheit der deutschen Seeleute im Rahmen der bestehenden Gesetze und Bestimmungen zu fördern. Dies ist eine neue Einrichtung, von der man nur wünschen kann, daß sie sich zum Wohle der jeemännlichen Arbeiter bewähren möge. Genosse Müller hat sein neues Amt am 1. Januar angetreten und sich von seinem bisherigen Verbandsposten mit dem Versprechen verabschiedet, daß er seine parteipolitische und freigewerkschaftliche Tätigkeit auch in der Folgezeit fortsetzen werde und sich auch in diesem neuen Amt als Vertrauensmann der organisierten deutschen Seemannschaft fühle.  
Die Bergische Arbeiterstimme (Nr. 12 vom 15. Januar) erhebt gegen die Annahme solcher Berufungen, die allerhöchsten Bedenken. Sie meint, daß die Berufsgenossenschaften reine Unternehmerorganisationen sind und wenn bezahlte Gewerkschaftsbeamte nun in solche viel höher bezahlte Unternehmerorganisationen eintraten dürften, so besteht die Gefahr, daß schwache Naturen ihre Beamtstellung als Sprungbrett ins Unternehmerlager benutzen und ihre Tüchtigkeit vornehmlich darauf einrichten.  
Es liegt uns gewiß fern, solchen Stellungswechsel befürworten zu wollen. Was aber die Bedenken der Bergischen Arbeiterstimme betrifft, so wird es doch besser sein, erst abzuwarten, welche Folgen der Eintritt des Genossen Müller in die Berufsgenossenschaft haben wird und wie viele sein Beispiel nachahmen werden.

**Sonderbares Verfahren des Kriegsernährungsamtes.**  
Der Kriegsernährungsamt für Konsumgüter hat beim Kriegsernährungsamt angeordnet, die Veranlassung von Honig zu Gunst-privilegien zu verbieten. Veranlassung zu dieser Anordnung gab ein neuer anderer Verfügung, in dem Honig für den Betrieb eines aus Honig bestehenden Honigpflanzensatzes gestattet wurde. Die Verordnungen werden glauben, daß ein Kriegsernährungsamt jeder Veranlassung von Konsumgütern, gleichviel, ob es sich um große oder kleine Mengen handelt, entgegenzusetzen muß, insbesondere wenn es sich um Honig handelt. Das Kriegsernährungsamt hat jedoch andere Gründe und hat es ab, der Anweisung des Kriegsernährungsamtes für Konsumgüter zu folgen, da sich angeblich nichts dafür ergeben habe, daß Konsumgüter Mengen Honig der menschlichen Ernährung entgegenzusetzen werden.  
Nach anfallender ist aber, daß in einer vor kurzen in Sachse abgehaltenen Sitzung des Konsumgüter und des Honigamtes der Honigpflanzensatz als ein Konsumgut angesehen wurde, daß auch im Sommer 1918 in bezug auf das Honiggeschäft alles beim Alten bleiben wird, daß also die Verordnungen, gemäß wie im vergangenen Sommer, dem menschlichen Konsumgut entgegenzusetzen werden. Daraus muß man entnehmen, daß das Kriegsernährungsamt den ganzen Honigertrag nicht für ein Konsumgut ansehe. Dann sollte es aber auch den Bienenzüchtern nicht wieder sehr neuwertige Forderungen zur Verfügung stellen!

**Schlechte in Halle und Göttingen.**  
Schlechte in Halle und Göttingen. Die Arbeiter sind immer empfindlicher gegenüber dem Lohn, kommt aus dem Arbeiterstande die Meinung, daß der Lohn für gewöhnlich zu niedrig ist. In Halle und Göttingen ist die Lage sehr schlecht. Es ist die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die das gemeldet wird, und in deren Spalten die Urworte der Arbeiterklasse deutlich dargelegt werden. Es heißt, wenn Lohnmangel eingetreten ist, so ist das eine Folge der Verfehr-

schwierigkeiten. Der Absatz stehe beständig unter dem Druck des Wagenmangels, der immer noch denselben Umfang wie im Herbst habe. In den Wintermonaten komme dazu noch das Verjagen der Wasserstrahlen infolge des Frostes. Der Rhein sei so stark gefallen, daß fast alle Kohlenlöhne geleichtert werden müßten. Wenn die Ausfälle in der Wagenfertigung nachließen, würden die Zechen in die Lage versetzt werden, mit ihren großen Lagerbeständen viele Zünder rasch auszufüllen. Wir wissen nicht, wie weit diese Meldung den Tatsachen entspricht. Die Kohlennot begann schon im Frühjahr vorigen Jahres, obwohl die Wasserstrahlen bis zum Winter voll ausgenutzt werden konnten. Freilich, Deutschland hat einen Mangel an Schiffsfrachten. Jetzt rächt sich die kurzfristige Verkehrspolitik der preussischen Junker, die darin bestand, großzügige Kanalbauten zu verhindern.

## Überfluß an Geld bei den norddeutschen Güttnerwerken.

Bei der Besprechung der Betriebsergebnisse der staatlichen Güttnerwerke in der bayerischen Kammer der Abgeordneten machte am 20. Dezember 1917 der liberale Abgeordnete Wähler Ausführungen, die wert sind, der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Nach dem stenographischen Bericht der Verhandlungen über die 418. Sitzung vom 20. Dezember erklärte Herr Wähler bei der Besprechung der Betriebsergebnisse der staatlichen Güttnerwerke unter anderem folgendes: „Und bei den Güttnerwerken ist nicht einmal von der Gunst jenes Moments etwas zu verspüren, das bei allen übrigen Güttnerwerken ausnahmslos sehr augenfällig in die Erscheinung getreten ist, ich meine den Charakter als Binnenwerte, der sich nach übereinstimmendem sachmäßigem Urteil als wesentlich während des Krieges, ja als von geradezu entscheidender Bedeutung für die Rentabilität erwiesen hat; und zu diesen Werken gehören alle unsere bayerischen Werke im Gegensatz zu den Grenzwerken, die gegen die Westfront zu gelegen sind, insbesondere gegen den Westen an der Saar, in Luxemburg und in Lothringen. Dort mußten die Werke zunächst stillliegen. Erst ganz langsam begann die Erzeugung bis zu 20 v. H. emporzukommen und schließlich bis zu 50 v. H. Erzeugung aber vermochten sie in verhältnismäßig kurzer Zeit das Versäumte nachzuholen und zu einer ansehnlichen Rentabilität zu kommen, zu einer Rentabilität, die sogar bald jene der Friedensjahre weit hinter sich zurückließ. Ganz anders aber die Binnenwerke in Norddeutschland, dort sehen wir Betriebsergebnisse, die nicht anders als riesenhaft bezeichnet werden können; auch bei solchen Werken, die sogar in früheren Jahren, in der Friedenszeit nicht rentabel waren. Auch die kommen in kurzer Zeit zu Gewinnen, die — ich sage dies mit Bewußtsein und ohne Übertreibung — trotz der mannigfaltigsten Abschreibungen, trotz gewaltiger Reservestellungen, trotz der Kriegsgemeinnutzen, trotz der Kriegsunterstützungen, trotz der Kriegsgüter, trotz der Wohlfahrtsleistungen aller Art, die Verwaltung schließlich in Verlegenheit brachte, wie sie das ihnen zustührende flüssige Kapital unterbringen sollten.“  
So die Ausführungen eines Wissenden, des Abgeordneten Wähler (Ab. W.) Die Arbeiter werden sich das von diesem Herrn Vorgebrachte gut merken und es gelegentlich verwenden, wenn Güttner wieder einmal ein Sammelstück über die Steigerung der Löhne während der Kriegszeit anfangen. Über die „heilen Löhne“ werden die Arbeiter allerdings ihre eigenen Gedanken haben. Hauptächlich zu merken ist jedoch in diesem Falle, daß den Güttnerwerken und Binnenwerken so viel Kapital zuströmt, daß sie in Verlegenheit sind, es unterzubringen! Aus dieser Verlegenheit kann ihnen von den Arbeitern geholfen werden, die einen Teil dieses Kapitals in Form von Lohnerhöhungen noch sehr gebrauchen um bei der immer mehr steigenden Löhnerhöhung des Lebensunterhalts nur zu gut unterbringen können.

## Hunde an die Front!

Um Abdruck folgender Zuschrift sind wir ersucht worden:  
Bei den ungeheuren Kämpfen an der Westfront haben die Hunde durch ständiges Trommelfeuer die Meldungen aus vorderster Linie in die rückwärtige Stellung gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist durch Abnahme des Meldeganges durch die Meldehunde das Leben erhalten worden. Militärisch wichtige Meldungen sind durch die Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.  
Obwohl der Nutzen der Meldehunde im ganzen Lande bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer von kriegsbrauchbaren Hunden, welche sich nicht entschließen können, ihr Tier der Armee und dem Vaterlande zu leihen!  
Es eignen sich der deutsche Schäferhund, Dobermann, Airedal-Terrier und Hotweiler, auch Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gesund, mindestens ein Jahr alt und von über 50 Zentimeter Schulterhöhe sind. Die Hunde werden von Fachoffizieren in Hundeschulen ausgebildet und im Lebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.  
An alle Besitzer der vorgenannten Hundesassen ergeht daher nochmals die dringende Bitte: Stellt Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes!  
Die Anmeldungen für die Kriegs-Hunde-Schutz und Meldehundeschulen sind zu richten: an die Sektion der Nachrichtentruppen, Berlin W., Kurfürstendamm 152, Abt. Meldehunde.

## Vom Ausland

**Großbritannien.**  
Die englische Stahlindustrie im Kriege und nach dem Kriege.  
Ein Aufsatz des Statist vom 21. November 1917 schildert die Entwicklung der englischen Stahlindustrie: Vor dem Kriege wurden nur 7 1/2 Millionen Tonnen Stahl gegen Deutschlands 19 Millionen Tonnen erzeugt. Die gesamten bisher vorliegenden Produktionszahlen für englischen Stahl sind die folgenden:  
1913 . . . . . 7663676 Tonnen  
1914 . . . . . 7535113 „  
1915 . . . . . 8550015 „  
1916 . . . . . 9245457 „

Die gewerkschaftliche Bewegung der Industrie nehmen an, daß 1917 die Zahl von 12 Millionen Tonnen erreicht werden wird. Dabei wird fast der ganze Stahl für Kriegszwecke verwendet. Das Produktionsniveau läßt nur wenig Stahl andere Wege gehen: der bürgerliche Verbraucher und normale Länder müssen sich behelfen; Frankreich und Italien erhalten das Unbeherrschte.  
Diese Statistik ist nun so bemerkenswert, als ihnen Hindernisse im Wege stehen. Die Rohstoffherzeugung war 1916 um ein Drittel geringer als 1913, woran die Abfindung fremder Märkte und später Arbeitsmangel schuld waren. Noch ermutigt ist angesichts des verjüngten U-Bestandes die Verminderung der heimischen Eigenherzeugung von 16 Millionen Tonnen auf 13 1/2 Millionen. Auch hier war die Verminderung der Güter um ihre gesamten Arbeiter schuld; dem ist abzuhelfen worden, und man erwartet für dieses Jahr fast die volle Förderung von 1913.  
Das sehr preiswürdige Eisen der größten Hoerde (Cleveland) wird jetzt ungenutzt zur Stilllegung zugelassen, während die Hoerde selber behaltend Stahl aus Cleveland nicht zuließ. Hierbei haben die elektrischen Oefen eine wichtige Rolle gespielt. Ende 1915 waren deren 5, Ende 1916 91 im Bau, Ende 1917 wird eine entsprechende Zunahme zu verzeichnen sein. Man kann mit dieser Oefen aus vorzüglichem Material reinen, ganz gleichartigen und jeder besonderen Aufgabe entsprechenden Stahl herstellen.  
Alle neuen Anlagen zur Herstellung von Stahl und Zinnen müssen werden nach dem Kriege benutzt werden können. Nur kleinere Anlagen werden nutzlos sein und werden jetzt schon abgebrochen. Nach dem Kriege, falls er 1918 endet, werden die Stahlwerke gegenüber dem Kriege zur Friedenszeit so leicht vollziehen. Aus den Anlagen, die nicht für Kriegszwecke gebraucht werden, werden

Ganbelschiffe gebaut werden. Statt nach Geschützen und Geschossen wird die Nachfrage gleich groß nach Schienen und Trägern sein.  
Für 1907 wurde der Wert der Erzeugnisse der Stahl- und Eisenindustrie auf 245 bis 252 Millionen Pfund geschätzt. Vor einem Jahr schätzte ihn Sir Hugh Bell auf Grundlage der Geldwerte der Friedenszeit auf 320 Millionen; nach diesem Maßstabe würde der heutige Wert 480 Millionen Pfund betragen.  
(Kriegsamts, Nr. 40 vom 11. Januar.)

## Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(V. a. G. Hamburg.)  
Abrechnung über den Unterstützungs- und Agitationsfonds vom 1. November bis zum 31. Dezember 1917.

Einnahmen:

Von Alzey 16,80 M.	Innen 60.	Magburg 50.	Bergedorf 22,70.
Berlin III 100.	Berlin IV 200.	Berlin X 60.	Berlin XIII 80.
Böckum 99,80.	Brandenburg 45.	Breslau 320.	Widderdorf 30.
Edin-Süd 12,35.	Edin-Nord 25.	Croneberg 5,40.	Deffau 20.
Niederschönewitz 100.	Dinslaken 40.	Dortmund II 15.	Dresden-Mühlitz 59,80.
Dresden-Striesen 80.	Dünen 60.	Düsseldorf 50.	Düsseldorf-Bilf 100.
Düsseldorf-Flintern 200.	Düsseldorf-Obercaffel 137,18.	Düsseldorf-Werlitz 30.	Duisburg-Saar 160.
Duisburg-Weidrich II 100.	Erfurt 39,80.	Essen I 100.	Frankfurt-Vornheim 10.
Gräfenhain 10.	Hammer 50.	Hagen-Eilbe 80.	Hagen-Selbide 11.
Hagen-Wehringhausen 40.	Halle-Süd 30.	Hamburg, innere Stadt 30.	Hamburg 20.
Halle III 30.	Herde 20.	Himmighausen 40.	Kaiserslautern 100.
Kiel 300.	Kiel-Gaarden 300.	Konstanz 20.	Leipzig 50.
Leipzig-Ost 85.	Leipzig-Reinschöcher 20.	Leipzig-Schönefeld 20.	Leipzig-Stötteritz 20.
Leipzig-Weißhirschen 100.	Leipzig-Zentrum 100.	Ludwigshafen 90.	Magdeburg-Neue Neustadt 40,80.
Meggern, durch Vorstand 10.	Mühlheim a. Rh. 25.	München 400.	Neuloh 350.
Niederhörnweide 70.	Norowald 20.	Ochshausen 25.	Osnabrück 60.
Reinickendorf-Ost 30.	Reinickendorf I 200.	Rosenthal 40.	Rothlau 9,80.
Saarbrücken II 100.	Schneeberg 20.	Solingen I 100.	Spandau 100.
Stahlheim 50.	Zeig 100.	Werkar 19,80.	Witten 117,80.

Durch Kassen, Dresden, gingen folgende Beträge ein: Dresden-Wittdorf 50. Dresden-Neustadt 50. Dresden-Gotha 50. Dresden-Adolf 50. Dresden-Weichen 50. Dresden-Planen 25. Dresden-Trachau 40. Dresden-Hebige 20. Cölnig bei Dresden 10. Deuben bei Dresden 30. Bittersee bei Dresden 30. Götzsch 15. Oberpeterswitz 15. Postschappel 20. Etzsch 10. Zusammen 6508,03 M.

Ausgaben:

An die ausgeleiterten Mitglieder: Franz Loidl, Freising 50 M. Daniel Köpfer, Düsseldorf 50. R. Schürer, Düsseldorf-Flintern 50. Heinrich Körmann, Herbede 50. Adolf Gräfe, Leipzig-Schönefeld 50. Albert Reiter, Reinickendorf-Ost 50. G. Homigund, Magdeburg-Lemsdorf 30. Wilhelm Daegelow, Magdeburg-Germersleben 50. Reinhold Köpfer, Deuben bei Dresden 50. An die Hinterbliebenen von 107 im Felde gefallenen Mitgliedern 5630. Porto und Postgebühren 25,10. Verwaltungskosten 26,75. Jahrgeld an die Revisoren 0,40. Zusammen 6112,25 M.

Abschluss:

Einnahmen . . . . .	6508,03 M.
Ausgaben . . . . .	6112,25 „
Meinvermögen . . . . .	395,78 M.
Raffenbestand am 1. November 1917 . . . . .	16180,97 „
„ 31. Dezember 1917 . . . . .	16526,76 „

Berlin, 8. Januar 1918. Paul Deutschmann.  
Geprüft und für richtig befunden.  
Die Revisoren: W. Graeber, Josef Melch.

## Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)  
Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatschrift des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Verlag von J. Geh. Stuttgart, Büchsenstraße 8. Bezugspreis jährlich 4,50 M., einzelne Nummern 50 S. — Nr. 4 des 23. Jahrgangs enthält: Das Zeugnis des Angefallenen. Ein Beitrag zur Reform und Vereinheitlichung des Angefallenenrechts in Deutschland und Österreich. Von Landesgerichtsrat Dr. Siegmund Grünberg. — Der Einfluß des Krieges auf die Tätigkeit einzelner schweizerischer gewerblicher Schiedsgerichte. Von Rechtsanwalt Dr. Ruhn. — Rechtsprechung (Gewerbe-gerichte in Berlin-Schönebeck und Essen, Oberlandesgericht Köln). — Sind Artisten Gewerbebegehrt? Von Rechtsanwalt Dr. Richard Treitel.  
Kordlo-Soni (Gergenslänge). Tradukta ek la Germana Linguo en la Linguo internaciona Ido da Dr. I. Hermann-Graz. (Ido-Biblioteko No. 1.) Ido-Editorio W. Waterkotte. Strassburg-Alz. 14 Seiten. Preis 20 S.

## Verbands-Anzeigen

**Mitgliederversammlungen.**  
(In allen Versammlungen werden Mitglieder angenommen.)  
Samstag, 9. Februar:  
Stahlfabrik. Fürstentum, 8 Uhr.  
Samstag, 16. Februar:  
Hypolda. Vorwärts, halb 9 Uhr.  
**Gestorben.**  
Bremen. Wilhelm Dietz, Graveur, Nervenleiden.  
— Arthur Büsing, Kesselschmied, Nervenleiden.  
— Georg Jans, Schmied, Ruhr.  
— Ed. Jädel, Schlosser, Magenkrebs.  
— Wilh. Meier, Viecher, Schlaganfall.  
— Wilh. Nothbach, Schlosser, Lungent.  
— Christ. Mangel, Bohrer.  
— Joh. Steffen, Schlosser.  
— Otto Haddag.  
— Otto Hornmann, Meister.  
— Heinz Köhler, Schmied.  
— Karl Reimers, Arbeiter.  
— Hermann Straß, Klempner.  
— Otto Söh, Arbeiter, Rippenfellentz.  
— G. Wehrens, Schmied, Verbrennung.  
— Karl Weinhauer, Feigungs-monteur, Herzschwäche.  
— Emma Hüblmann, Arbeiterin.  
— Martha Hüblmann, Arbeiterin.  
Gannau a. M. Franz Schopp, Formner, 19 Jahre, Entzündung.  
— Heinrich Köpfer, Diamantschleifer, 50 Jahre, Lungentuberkulose.  
— Albert Schürmann, Silberarbeiter, 33 Jahre, Magenkrebs.  
— Konrad Temath, Hülfarbeiter, 31 Jahre, Lungentuberkulose.  
— Hermann Pinter, Monteur, 68 J., Nerven- und Halsleiden.  
— Johann Friedrichs, Formner, 63 Jahre, Alzhimie.  
Kempzig. Moritz Richter, Tischler, 59 Jahre, Herzschlag.  
— Kurt Schumann, Zigarrenfabrikant, 33 Jahre, Lungentuberkulose.  
— Robert Wegner, Schlosser, 69 J., Herzschwäche.  
— Hermann Auerswald, Dreher, 64 Jahre, Lungentuberkulose.  
Neugersdorf i. Sa. Reinhold Wiesner, Formner, 69 Jahre, Herzschwäche.